

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 170 (2004)

Heft: 7-8

Artikel: Hat die Schweiz eine Sicherheits- und Militärpolitik?

Autor: Siegrist, Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-69239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hat die Schweiz eine Sicherheits- und Militärpolitik?

Wenn ja, warum nicht?

Die Schweiz habe nicht eine Armee, sondern sei eine Armee, hiess es einstmals. Inzwischen sehen wir die Armee eher als rationales Instrument der Politik. Früher ruhte die Armee in sich selber, und ihr Auftrag ergab sich aus dem Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft. Heute dagegen braucht es politische Vorgaben, Ziele, Aufträge. Damit tut sich die schweizerische Politik solange schwer, als ihr eine zukunftsorientierte und kohärente Friedens-, Sicherheits- und Militärpolitik fehlt. Das beginnt nun auch der einzelne Soldat zu spüren.

Ulrich Siegrist

Schon zur Zeit der Eckwerte im Frühjahr 2000 stellten wir fest, es werde in der Armee gute Planungsarbeit geleistet, aber die politische und kommunikative Einbettung fehle.

Die dann folgende Leitbilddiskussion, die ohne Engagement der SOG kaum den nötigen Schwung erhalten hätte, kam zu einem erstaunlich kompakten und konsequenten Abschluss. Zu den Kernstücken der Reform gehört die klare Aufteilung zwischen politischer und militärischer Verantwortung. Anstelle der früheren Verwischung sollte mehr Transparenz und ein fassbareres Verhältnis zwischen Auftraggeber (Politik) und Auftragnehmer (Armee) hergestellt werden.

Primat der Politik?

In der Zwischenzeit wurde die Armeeführungsreform umgesetzt, die Staatsleitungsreform ist dagegen stecken geblieben. Die Armee arbeitet mit Führungsstrukturen für das 21., die Politik mit denjenigen für das 20. Jahrhundert. Das gibt Spannungen, nicht im Inhalt, aber in Tempo und Mentalität. Die politischen Vorgaben an die Armeeführung müssten sichtbar, transparent und vorausschauend sein.

Richtung, Leistungsprofile und Priorität im Auf- und Ausbau sind unklar. Die nationalen und internationalen Kooperationspotenziale in Ausbildung und Einsatz werden vernachlässigt. Der finanzpolitische Druck, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, wird zu wenig als Chance erkannt.

Eine Gesamtsicherheitspolitik ist dringend geworden; sie wurde in den einschlägigen Berichten skizziert, aber die Umsetzung erfolgt ohne Herz und Mut. Deshalb ist auch die neulich hochgespülte Frage der departementalen Zuständigkeitsgrenzen gar nicht beantwortbar. Die Staatsleitung ist gefordert, also Politik im weitesten Sinne. Und dazu gehören wir alle. Wir stehen in der Verantwortung.

Beispiel Finanzplanung

Dass wir nach den neuesten Sparplänen nur 18,5 statt 20 Mrd. in den nächsten zehn Jahren investieren, ist einschneidend. Tragisch wäre es jedoch, wenn die Politik jetzt nicht glaubhaft darlegt, wofür, mit welchen Teilzielen und Prioritäten diese 18,5 Mrd. verwendet werden sollen.

Wie soll einer die einzelnen Verpflichtungstranchen beurteilen, wenn er keine Zehnjahresplanung kennt? Wie soll er Rüstungsvorhaben beurteilen ohne Klarheit über die Erwartungen der Politik an die Armee und die Entwicklungsabsichten der nächsten 15 Jahre? Kann man es da den Finanzpolitikern verargen, wenn sie sich gegenüber neuen Investitionen in die Armee vorsichtig verhalten? Was nützt der Ruf nach mehr Geld, wenn man nicht sagt, wo denn das Geld eingesetzt werden soll?

Planung ist politisch

In unserem Land herrscht eine traditionelle Distanz gegenüber dem Visionären, pragmatische Annäherung hat den Vorzug. Man spricht lieber über das nächste Jahr als über das Jahr 2012. Das ist nicht falsch, denn die Armee wird daran gemessen, wie sie ihre Aufgaben hier und heute in Kasernen und an Einsatzorten bewältigt. Wer über das laufende Jahrzehnt hinausdenkt, wird gerne den Sandkastenspielern zugezählt.

Doch die Realität ist anders: Wer nicht vorausdenkt, schwimmt in der Gefahr, sich an der Vergangenheit zu orientieren. Ob wir ab 2010 genügend Berufsoffiziere haben, hängt von der Personalpolitik und vom Berufsbild von 2004 ab. Welche Bataillone 2011 über welche Fähigkeiten im Gefecht verfügen, hängt von den subsidiären Existenzsicherungsaufgaben 2005 ab. Ob wir 2012 über richtige oder falsche Ausrüstungen verfügen, hängt von den Rüstungsprogrammen 04 bis 06 ab. Wie viel Finanzen im Jahre 2014 am falschen Ort gebunden sind, hängt von den politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit Strukturen, Wehrpflichtmodellen und Dienstleistungsarten ab.

Der Vorwurf, «jetzt würden die Planer schon eine Armee 2012» skizzieren, könnte falscher nicht sein. Was wir heute entscheiden, wirkt sich nach Jahren aus. Nur mit Blick auf den Horizont 2012 können vor uns liegende Entscheide richtig gefällt und Fehlinvestitionen verhindert werden. Das neue Armeeleitbild ist offen; die Planungen für 2005 und für 2012 sind zu dessen Umsetzung in gleicher Weise nötig, wenn auch mit unterschiedlicher Verdichtung.

Militärfreundlichkeit genügt nicht

Die Sicherheitspolitik und nicht nur die Armeeführung müssen sich damit befassen. Die Diskussionen darüber sind zwangsweise kontrovers. Die Zeit, in der die Menschen eingeteilt werden konnten in Armeegegner und Armeebefürworter, dürfte nicht so schnell zurückkommen. Wenn es um Sicherheit geht, sind alle betroffen. Sie haben das Recht und die Pflicht mitzureden.

Nicht *ja oder nein* zur Armee ist heute die Kernfrage, sondern: *Welche Armee in welchem sicherheitspolitischen Netzwerk brauchen und wollen wir?* Nicht nur die Frage von *mehr oder weniger* Geld spielt dabei eine Rolle, sondern ebenso die Frage, *wofür* es eingesetzt wird.

Innen/ausen; staatlich/privat; militärisch/zivil

Der Sinn der einstigen Unterscheidung zwischen äusserer und innerer Sicherheit scheint wie zerbrochen: Globale Probleme haben ihre Auswirkungen im Inneren der Staaten, und innere Probleme werden mundialisiert. Internationale Friedenspolitik wird deshalb zur primären sicherheitspolitischen Strategie, Schutz der inneren Sicherheit (polizeinah) und Raumsicherung (militärnah) werden zu Begleit- oder subsidiären Notfallstrategien. Versagt die Stabilisierung, schlägt sich der Konflikt nicht in Form klassischer nationaler Kriege nieder, sondern direkt in der «inneren Sicherheit». Die Bedeutung dieses Begriffs weitet sich aus.

Der klassische Konflikt ist durch diese Zusammenhänge überwölbt. Staatliche und private Gewaltanwender vermischen sich diesseits und jenseits der Fronten und haben ihr «backoffice» im Gewebe der internationalen Vernetzung. Der Begriff «Krieg» ist unscharf, als Folge davon erst recht der Begriff «Verteidigung».

Ebenso zerrinnt das Gegensatzpaar zwischen zivil und militärisch: «Militärische» Gefahren richten sich direkt gegen zivile Gesellschaften, diese sind direkte Ziele geworden und nicht bloss kollaterale Opfer.

Die Bestandesreduktion der Armee bringt mit sich, dass auch die Offiziere bereits in jüngeren Jahren ihre Dienstpflicht in aktiven Verbänden erfüllt haben. Viele fürchten, danach schrittweise von der militärischen Aktualität «abgehängt» zu werden. Verschiedene Massnahmen sollen mithelfen, diese für die Armee besonders wichtigen Multiplikatoren zeitlebens einzubeziehen.

Seit dem 1. Januar 2004 erfüllt die verkleinerte Schweizer Armee – getreu der Bundesverfassung – vielfältige Aufträge, die gelegentlich Diskussionen auslösen, insbesondere auch in den Medien. Darob gehen die vielen geschätzten Leistungen der Armee und die offensichtlichen Fortschritte oft unter. Information tut Not.

Der Chef der Armee bekennt sich klar zur Milizeinsatzarmee. Was heisst das? Wie sehen die heutige Ausbildung und die Einsätze aus, welches sind die ersten Erfahrungen? Welche Reaktionen sind zu erwarten?

Im Herbst 2004 wird die Armee genügend Erfahrung für eine Standortbestimmung gesammelt haben. Nicht einfach nur aus Sicht der Armeeführung, sondern vielmehr unter Einbezug von Dienst leistenden aktiven Milizoffizieren.

MILIZ'04 – ein Forum für alle Offiziere, vor allem auch für nicht (mehr) aktive Offiziere, will Antworten geben auf die gestellten und weitere Fragen. Die Schwei-

zerische Offiziersgesellschaft begleitet die Neuerungen aufmerksam und kritisch und will aktiv zur Realisierung der am 18. Mai 2003 vom Volk so deutlich genehmigten A XXI beitragen. Besonders interessieren dabei Ausbildung, Einsatz, Leistungen und Erfahrungen – aber auch Forderungen – der Milizoffiziere. Sie tragen die Armee durch ihr Wirken mit, ihnen muss unsere Sorge gelten.

Die Zusammenarbeit mit Milizoffizieren zeigt schnell, dass die Problemstellung rasch den militärisch steuerbaren Bereich verlässt und den Einflüssen von Familie und Unternehmung ausgesetzt ist. Also müssen diese (u. a.) Stakeholder aktiv einbezogen werden, wenn es darum geht, Offiziere für die Weiterbildung zu gewinnen und für den Mehrwert von Offizieren auch in der Wirtschaft wieder eine breitere Akzeptanz zu erzielen.

Eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Armee gegenüber ihren Offizieren spielt die Politik. Sie ist in Zeiten knapper Ressourcen und sich rasch ändernder Bedrohung – derzeit «unterhalb der Kriegsschwelle» – versucht, die langfristig ausgerichtete «Versicherung Armee» durch kurzfristige und immer neue Budgetkürzungen ihrer für die Auftragsbefreiung notwendigen Mittel zu berauben, bzw. diese überhaupt nicht mehr bereitzustellen. Wo liegt hier Handlungsbedarf?

Die Offiziersgesellschaft Luzern und die Zentralschule (ZS) der Schweizer Armee ha-

ben beschlossen, die Armeereform im Rahmen einer neuen, hochkarätig besetzten, von einem breit abgestützten Patronatskomitee getragenen Herbsttagung **MILIZ'04** einer umfassenden Analyse zu unterziehen. **Sie findet statt am 23. Oktober 2004, 9.30 bis 13.00 Uhr, im AAL.**

Vertreter der Politik und der Armeeführung werden Erwartungen, Grundlagen sowie Veränderungen erläutern. Milizoffiziere verschiedener Stufen werden ihre persönlichen Erfahrungen und Forderungen aus der praktischen Umsetzung einbringen. Schliesslich werden Vertreter aus der Privatwirtschaft ihre Erwartungen, Hoffnungen und auch ihr Entgegenkommen an die Armee formulieren. Im 2. Teil werden in einem Panelgespräch die Thesen breit diskutiert.

Die Veranstaltung soll informieren, den Austausch zwischen den verschiedenen Partnern und Generationen ermöglichen und das Netzwerk zwischen Wirtschaft und Armee pflegen.

Zum Anlass «MILIZ'04» in Luzern sind alle dienstpflichtigen und ehemaligen Offiziere der Armee herzlich eingeladen.

Weitere Informationen erhalten Sie beim Kommando ZS (Telefon 041/317 46 06) oder unter www.hka.ch, mit Link zur Webseite des Herbstanlasses MILIZ'04.

Gewalt und Grausamkeit werden zu Hauptinhalten und nicht bloss zu unvermeidlichen Folgen. Es wird «mehr gelitten als gekriegt» (Jakob Kellenberger). Und es wird mehr Gewalt angewendet als Krieg geführt. Rechtsordnungen, nationale Grenzen und völkerrechtliche Regeln werden unterlaufen (Terrorismus) oder überrollt (Imperialismus). Begriffe wie Neutralität, einstmals Bestandteile des sicherheitspolitischen und völkerrechtlichen Instrumentenkastens, werden nicht verstanden und schützen nicht.

Kooperation wird zentral

Die Armee wird nie mehr eine Aufgabe allein bewältigen, sondern in einem Netzwerk. Kooperation wird zentraler Teil der Führungsfähigkeit. Wer nicht international mit andern Staaten und Zivilgesellschaften oder national mit zivilen Partnern zusammenarbeitet, kann seine Aufträge nicht mehr erfüllen. Europäische Armeen werden entweder in internationalen Stabilisierungsaktionen (subsidiärer Teil der Friedenspolitik) oder in internen Schutz- und Unterstützungsaktionen (subsidiärer Teil der Existenzsicherung) eingesetzt, in beiden Fällen zur Gewaltabwehr. Wer die Armee hier nicht einsetzen will und so tut, als seien dies «uneigentliche Armeeaufgaben» oder «Nebenaufträge», müsste aufzeigen,

worauf er denn eigentlich mit seiner Armee warten will.

Polizei und Armee

Die Abgrenzung zwischen Polizei und Armee wird schwieriger. Beide nehmen «polizeidienstliche Aufgaben» in einem weiteren als dem bisherigen Sinn wahr. Das Feld möglicher Bedrohungen der inneren Sicherheit ist breiter geworden, als dass es mit dem klassischen Aufgabenspektrum der Polizeikörper allein aufgefangen werden kann. Der Wandel der Bedrohungs- und Abwehrsituationen ist quantitativ und gleichzeitig qualitativ.

Es besteht grosser Bedarf an zusätzlichen Polizeibeständen. Parallel dazu besteht auch ein strukturell bedingter zusätzlicher Bedarf an Armeetruppen für solche Aufgaben, entwicklungsbedingt und nicht nur wegen Not am Mann bei der Polizei. Darüber hinaus sind tendenziell immer mehr Probleme der inneren Sicherheit nicht allein mit Polizeimethoden, sondern mit militärischen Raumsicherungsmethoden zu lösen, was sich im Luftraum schon längst abzeichnet. Nicht entweder – oder, sondern sich ergänzen!

Raumsicherungsarmee als Basis

Unsere Armee wird deshalb auf lange Zeit hinaus zu einer Einsatzarmee mit zentralen Aufgaben in der Existenzsicherung. Was diese Einsätze auch für die Ausbildung und für die verschiedenen Ebenen der Kader bringen, ist differenziert zu betrachten und hängt auch davon ab, ob Formationen, Gruppen oder Einzelkämpfer eingesetzt werden. Ausgleich und Erneuerung muss deshalb immer wieder durch Ausbildungs-WK sichergestellt werden.

Um den Bedürfnissen der subsidiären Einsätze zu genügen, wären mindestens ein bis zwei Ausbildungs-WK neben einem Einsatz-WK nötig. Kader und Truppe müssen indessen auch Aufgaben der operativen Raumsicherung beherrschen, unter Einschluss beweglicher Aktionen bis Stufe Bataillon. Deshalb müssen für die Ausbildung zwei bis drei WK neben einem Einsatz-WK zur Verfügung stehen.

Wenn jeder Soldat der Kampftruppen während sechs WK etwa zweimal im Einsatz und viermal in der Ausbildung steht, so ist die Gewichtung sinnvoll. Damit könnte das Modell einer Raumsicherungsarmee realisiert werden (mit Korpswaffen für 50 000 Mann der ersten Staffel). Die Armee wäre multifunktional genug, sie wäre auf wahrscheinliche und Sinn bringende Einsätze konzentriert, und die Führer bis Stufe

Schweizerische Unteroffiziersgesellschaft SUG gegründet

Der Schweizerische Feldweibelverband SFwV, der Schweizerische Unteroffiziersverband SUOV und der Verband Schweizer Militärkitchenchefs VSMK haben am 3. Juli 2004 in Luzern die Schweizerische Unteroffiziersgesellschaft SUG gegründet. Mit dem Zusammenschluss der drei militärischen Dachverbände zur Schweizerischen Unteroffiziersgesellschaft SUG entsteht einer der grössten militärischen Dachverbände des Landes mit rund 15000 Mitgliedern. Zum ersten Zentralpräsidenten wurde der Berner Nationalrat Rudolf Joder gewählt.

Bundesrat Samuel Schmid gratulierte in seiner Ansprache zu diesem wichtigen Schritt und erinnerte daran, dass die Unteroffiziere rund drei Viertel des Armeekaders ausmachen. Trotz moderner Technologie zähle der Mensch und vor allem das Beispiel des Unteroffiziers, um die Truppe nach vorne zu reissen und zum Erfolg zu führen.

Mit der Gründung der SUG ist ein wichtiger, starker Partner in der schweizerischen Sicherheitspolitik entstanden. Die ASMZ wünscht der SUG einen erfolgreichen Start und gutes Gelingen. Fy

Bataillon wären der taktischen Führung kundig.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die geforderten Massnahmenkataloge zur Vergrösserung der WK-Ausbildungszeit umgesetzt werden, vor allem durch restriktivere Selektion der Armeeaufträge und durch Aufwertung und Ausbau des Durchdienststatus (vgl. die Eingabe der SOG vom Herbst 03 an den Chef VBS). Dass Bundesrat und Parlament über eine Verlängerung der Einsätze entscheiden, ohne vorher diese Zusammenhänge zu beurteilen, wäre nicht zu verantworten.

Verteidigung?

Ein zentrales Stück des Armeeleitbildes war die Abkehr von der Verteidigungsberedtschaft. Unter dem Gesichtspunkt der Bereitschaft wurde eine Raumsicherungsarmee, nicht eine Verteidigungsarmee konzipiert.

Vorgesehen wurde hingegen die Kompetenz dazu: Know-how, Technologie, Führungsfähigkeit, Erfahrung, Kooperationsfähigkeit, Interoperabilität, Umgang mit jeweils aktuellem technischen Gerät. Nicht definiert hat das Leitbild, wie diese

Kompetenz erreicht werden kann und wie viele Verbände, ob möglichst viele auf tiefem Stand oder wenige auf hohem Stand, angestrebt werden sollen.

Der Entscheid liegt auf der Hand: Es können nur kleine Zahlen sein. Erstens ist der Aufwand für die Ausbildung hoch und teuer, inklusive Übungen im Ausland. Zweitens ist deren teure Ausrüstung immer wieder zu erneuern. Drittens macht die absehbare sicherheitspolitische Bedrohungslage grössere Zahlen unnötig. Viertens bleibt nur diese Option übrig angesichts der dargelegten Rahmenbedingungen im Bereich Sicherungseinsätze/Ausbildung.

Modellentscheid dringend

Unter Verteidigung ist in diesem Zusammenhang nicht (politisch) die Territorialverteidigung des Landes zu verstehen, sondern (militärisch) die Verteidigung als operative Einsatzform, als Befähigung zum dynamischen Gefecht im Verbund. Die dafür vorgesehenen Truppen wären von den laufenden Existenzsicherungsaufträgen entlastet, hingegen ein wichtiger dynamischer Teil der Raumsicherung bei hoher Konfliktintensität sowie der Aufwuchskern bei allfälligen langfristigen Lageveränderungen.

Die Schweiz hätte damit einen der europäischen Realität entsprechenden Kern mit hoher militärischer Fähigkeit, der in Kooperation und im Benchmark bestehen kann. Sie wäre mit diesem multifunktionalen Modell glaubwürdiger und flexibler als mit einer übergrossen und mythologisch vernebelten «Verteidigungsarmee». Sie könnte die Sparvorgaben der Finanzpolitik umsetzen ohne Verlust an Sicherheit, aber mit Sinnhaftigkeit, Zukunftstauglichkeit und weniger Ballast.

Die Idee, dass die Armee im Alleingang und ohne Kooperation in einer Art von Verteidigung bestehen könnte, stimmt schon lange nicht mehr. Aber auch die Vorstellung, dass wenigstens in beschränktem Umfang eine ganze Armee jederzeit verteidigungsfähig sein soll, ist nicht bedrohungsgerecht, unbezahlbar und sicherheitspolitisch falsch.

Dies muss dem Bundesrat bewusst sein, sonst hätte er nicht die Armee erneut auf Jahre hinaus in subsidiären Existenzsicherungsaufgaben gebunden. Aber dieser Weg ist ganzheitlich anzugehen, öffentlich sichtbar zu machen und konsequenter zu kommunizieren. An Entscheidungsgrundlagen von Seiten der Armeepolitik fehlt es kaum. Sollte das künftige Profil der Armee nicht bald kommuniziert sowie in der Rüstungsplanung und in der internationalen Ausbildungszusammenarbeit umgesetzt werden, so liegt nicht nur der Verlust jeder Fähigkeit zu dynamischen Operationen in

der Luft, sondern auch der Verlust an Glaubwürdigkeit und die Gefahr von Fehlinvestitionen.

Schlussbemerkung

Diese Skizze beruht auf der Überzeugung, dass wir nach Monaten und Jahren der Verunsicherung wieder zu einer Armee kommen müssen, die ein Gesicht hat und ein Leistungsprofil vor sich sieht. Die Skizze ist ein Beitrag für eine Diskussion, die überdringlich geworden ist.

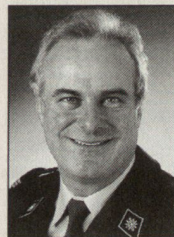
Damit bekämen wir einen Masstab, um Dinge wie das aktuelle Rüstungsprogramm überhaupt beurteilen zu können. Statt sich am Streit um die Zahl 12 oder 18 Geniepanzer oder um 6 oder 9 Brigadestäben das Blut in die Adern zu treiben, könnten sich Politik und Medien der staatsleitenden Frage des konzeptionellen Hintergrunds widmen, um daraus operative Bedürfnisse abzuleiten und Leistungspakete an die Armee zu formulieren.

Die Skizze ist ein möglicher Lösungsansatz, mehr nicht. Sie mag kontrovers sein. Es mag Alternativen geben. Aber ohne offene Worte und rasche Entscheide der Politik geht es nicht. Die bestehende Unsicherheit ist mit Händen zu greifen, und die Armee leidet darunter.

Warum so zaghaft?

Die Armee braucht Rahmenbedingungen, um wieder an sich glauben zu dürfen. Dazu gehört eine neue Sinnhaftigkeit in Relation zu einem grundlegend veränderten kontinentalen und strategischen Umfeld.

Mit der skizzierten Richtung wäre sie als Ganzes tauglich für operative Raumsicherung, gleichzeitig mit dem Gros bereit für Existenzsicherungseinsätze und mit Teilen fähig und trainiert für das dynamische Gefecht sowie für Einsätze in Kooperation. Das Modell wäre sicherheitspolitisch hoch aktuell, für eine aufgeschlossene Bevölkerung nachvollziehbar, finanziell verkraftbar, leitbildkonform und für die Zukunft entwicklungsfähig. ■



Ulrich Siegrist,
Dr. iur., Nationalrat,
Oberst i GSt,
Zentralpräsident der
Schweizerischen
Offiziersgesellschaft,
5600 Lenzburg.